

Ursula Weidenfeld

Fachtagung Zukunftsverantwortung – Wirtschaft und politische Bildung im Dialog

Versuch einer Zusammenfassung unter besonderer Berücksichtigung der Perspektive der politischen Weiterbildung

Am wichtigsten erscheint die wachsende Bereitschaft von Seiten der politischen Bildung, die Bildungsangebote der Wirtschaft als gleichwertige und ergänzende Projekte anzuerkennen und zu würdigen – bei den Vorbehalten, die es in der Vergangenheit gegeben haben muss, ist das ein bemerkenswerter Fortschritt. Das gemeinsame Problem formulierte einer der Teilnehmer so: "Immer mehr Menschen kommen immer schlechter gebildet mit immer weniger Werten in den Beruf – und wollen immer besser bezahlte Jobs“. Die Defizite zu beheben, falsche Erwartungshaltungen schonend zu korrigieren, die soziale und berufliche Kompetenz zu verbessern – das sind Aufgaben, denen sich beide, die politischen und die beruflichen Bildungsträger gemeinsam stellen wollen.

Am lebendigsten erscheinen die alten Fronten immer noch beim Thema Rechtsextremismus und im Feld niedrig qualifizierter Mitarbeiter zu sein, wo die politischen Weiterbildungsträger offenbar immer noch die Ernsthaftigkeit und die Nachhaltigkeit unternehmerischen Bemühens beklagen. Dort, wo die langfristige politische Arbeit mit den Beschäftigten im Vordergrund steht, vermissen die politischen Weiterbildner immer noch dauerhaftes Engagement – und erheben nach wie vor den leisen Vorwurf, die Unternehmen versuchten das Thema Weiterbildung allenfalls für sich zu instrumentalisieren, um Kosten zu sparen oder beispielsweise einen Jahrgang von Auszubildenden mit einem gemeinsamen Thema zu versehen.

Am ähnlichsten scheinen die Interessen dagegen im Feld des interkulturellen Lernens zu sein. Dort, wo die Interessen global agierender Unternehmen im Kern berührt sind, kann am ehesten von einer symbiotischen Entwicklung gesprochen werden – eine verdächtige Harmonie. Angesichts der knappen finanziellen Ressourcen der politischen Weiterbildung könnte man hier auch darüber nachdenken, inwieweit die politische Weiterbildung sich nur noch um die Themen/Zielgruppen kümmern sollte, an denen die Unternehmen kein Interesse haben. Klar ist jedenfalls, dass die Wirtschaft hier bereit ist, viel Geld in die Hand zu nehmen. Um so mehr, desto höher qualifiziert die Mitarbeiter sind, um die es geht.

Deutlich wird: Die politische Bildung muss von unten anfangen – die Wirtschaft interessiert sich nach wie vor mehr für die Arbeit mit Führungskräften. Da aber arbeitet sie effizient und kostenbewusst.